

Exklusiv

Orientierung am BIP für Wehretat grundlegend verkehrt

Rainer Arnold, MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

(BS) Die Debatte, ob wir zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung aufbringen müssen, wie die NATO es zuletzt auf ihrem Gipfel 2014 als Absichtserklärung formuliert hatte, führt in die Irre: Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt – damit sind Griechenland und Estland (zusammen mit Frankreich und den USA) an der Spitze der NATO-Beitragszahler, ihre Bedeutung für das Militärbündnis ist aber gering. Deutschland hingegen mit seiner starken Wirtschaftskraft müsste über 30 Milliarden Euro zusätzlich aufwenden. Dies zeigt deutlich: das Zwei-Prozent-Ziel hat wenig Aussagekraft. Sollte die Wirtschaft bei uns wieder schlechter laufen, sinkt auch das BIP und damit die zwei Prozent für Militärausgaben. Damit ist niemandem geholfen. Deshalb ist es viel wichtiger zu klären, welche Fähigkeiten die europäischen NATO-Staaten in das Bündnis einbringen sollten und welches Land in Europa diese Fähigkeiten hat. Daran sollte sich meiner Auffassung nach die Bedeutung für die NATO ausrichten. Deutschland muss Mangel- und Hochwertfähigkeiten in das Bündnis einbringen, das schafft mehr Gewicht, als das Schielen auf Zahlen und Prozente. Eine Lösung der vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen lediglich durch die Anhebung auf zwei Prozent für Verteidigungsausgaben in den NATO-Mitgliedstaaten ist dagegen kaum zu erwarten.

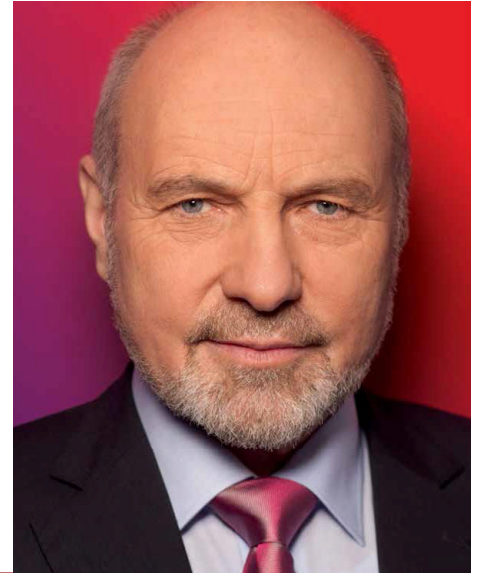
Die NATO ist in ihrer Bedeutung für unsere Sicherheit unbestritten einzigartig. Die Notwendigkeit, gerade die Verteidigungspolitik in Europa auf eine bessere Grundlage zu stellen, auch finanziell, bestreitet niemand in der Gemeinschaft.

Deutschland leistet einen bedeutenden Beitrag für eine glaubhafte Abschreckung, gerade in diesem Jahr haben wir die Ausgaben für Verteidigung um 7,9 Prozent erhöht. Das sind elf Prozent des Bundeshaushalts. Diese Steigerung des Etats hat allerdings nichts mit der aktuellen Debatte um die zwei Prozent vom BIP zu tun, sondern ist das Resultat der verfehlten Reform zweier

"Wir wissen doch längst, dass Krisenprävention, Wiederaufbau und wirtschaftliche Zusammenarbeit einen größeren Beitrag leisten kann als jede Militärausgabe. Wir müssen deshalb aufpassen, dass wir uns nicht auf die Debatte um die zwei Prozent versteifen."

ehemaliger Unionsverteidigungsminister, durch die es der Bundeswehr seit 2008 an fast allem fehlt, an Personal, Ausrüstung und an Ausstattung. Tatsächlich wird es noch Jahre dauern, bis die Depots der Bundeswehr mit Gerät, Ersatzteilen oder Munition wieder so befüllt sind, dass unsere Streitkräfte das haben, was sie eigentlich haben müssten. Deutschland muss aus diesem Grund in den nächsten fünf Jahren seinen Etat um mindestens zwei Milliarden jährlich aufstocken, um bestehende Lücken zu füllen. Dazu in den Jahren, in denen teure Großvorhaben zulaufen, temporär diese Projekte auch zusätzlich im Haushalt abbilden.

Aber die Steigerung von Militärausgaben allein ist nicht gleichbedeutend mit der Steigerung von Sicherheit. Wir wissen doch längst, dass Krisenprävention, Wiederaufbau und wirtschaftliche Zusammenarbeit einen größeren Beitrag leisten kann als jede Militärausgabe. Wir müssen deshalb aufpassen, dass wir uns nicht auf die Debatte um die zwei Prozent versteifen. Das gilt insbesondere für jene Politiker, die gerne öffentlich das Zwei-Prozent-Ziel postulieren. Sie müssen sich fragen lassen, woher sie die Gelder nehmen wollen und wie sie den Bürgern und Bürgerinnen Ausgaben von rund



70 Milliarden Euro im Jahr alleine für Verteidigungsausgaben erklären wollen. Und sie müssen sich fragen lassen, was für solche Summen überhaupt angeschafft werden soll. In Wahrheit sind in der Vergangenheit die 36 Milliarden Euro, die im Bundesetat für Verteidigungsausgaben veranschlagt wurden, vielfach gar nicht ausgegeben worden, weil teure Rüstungsgüter nicht oder zu viel spät kamen.

Zur Wahrheit gehört auch, dass die vorliegende mittelfristige Finanzplanung 2016 bis 2020 der Bundesregierung nicht einmal im Ansatz erkennen lässt, dass die Bundeskanzlerin oder die Verteidigungsministerin eine solche Steigerung anstreben. Die dort veranschlagten Steigerungen der Ausgaben für Verteidigung bewegen sich in sehr moderaten Bahnen. Der NATO aber – und damit auch der Bundeswehr – hilft leeres Gerede nicht, der NATO helfen Fähigkeiten, die sie dringend braucht.



Die Redaktion weist darauf hin, dass auf dieser Seite ausschließlich die persönliche Auffassung des jeweiligen Kommentators wiedergegeben wird.